Merkel muss sich auf Energiegipfel klar zu Erneuerbaren Energien bekennen. EEG-Reform darf Energiewende nicht abwürgen

Merkel muss sich auf Energiegipfel klar zu Erneuerbaren Energien bekennen. EEG-Reform darf Energiewende nicht abwürgen

Von dem morgen in Berlin stattfindenden Energiegipfel muss das klare Signal ausgehen, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien auch in Zukunft konsequent und dynamisch vorangetrieben wird. Lokale Bürgerenergieprojekte müssen dabei als zentrales Mittel für das Voranbringen der Energiewende anerkannt werden.
Die Bundesregierung schlägt vor, den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien zu begrenzen. Diesen Vorschlag müssen die Bundesländer ablehnen - denn für eine funktionierende Energiewende ist diese Deckelung kontraproduktiv. Für einen wirkungsvollen Klimaschutz und einen schnellen Atomausstieg braucht es stattdessen ein rasches Wachstum der Erneuerbaren Energien.
Bei den aktuellen Vorschlägen für eine grundlegende Veränderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) geht es vordergründig um eine vermeintliche Erhöhung der Markteffizienz. Die Energiewende ist jedoch vor allem das Werk der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Sie haben rund die Hälfte der fast 170 Milliarden Euro aufgebracht, die seit dem Jahr 2000 in Erneuerbare-Energie-Anlagen investiert wurden.
"Jetzt, da die Berliner Politik über die Zukunft des deutschen Energiesystems diskutiert, darf die Bürgerenergiewende nicht abgewürgt werden", so Dietmar von Blittersdorff vom Netzwerk Energiewende Jetzt - einer Organisation, die sich als Förderer von Energiegenossenschaften versteht. "Durch eine einseitige Reform drohen große Hürden für die Realisierung von Erneuerbare-Energie-Anlagen. Bürgerenergie hätte so de facto keine Chance mehr", befürchtet von Blittersdorff.
Thorben Becker vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Sprecher der Kampagne "Die Wende - Energie in Bürgerhand" ergänzt: "Unsere Analyse zeigt: Mit den bisherigen Plänen der Bundesregierung und der Industrieverbände wäre die Arbeit von Bürgerenergiegenossenschaften, Bürger-Windparks und gemeinschaftlich betriebenen Solaranlagen in Zukunft nicht mehr möglich oder zumindest erheblich eingeschränkt. Die Bürgerenergie stünde damit vor dem Aus."
Daher fordern die Initiatoren der "Kampagne Die Wende - Energie in Bürgerhand" ein deutliches Bekenntnis der Politik zu einer dynamischen Bürgerenergiewende. "Mit der Bürgerenergiewende stehen und fallen so wichtige Punkte wie Klimaschutz vor Ort, bürgerschaftliches Engagement für die Aufwertung der eigenen Region und die Beteiligung von privaten Investoren an Infrastrukturprojekten. Für uns ist klar: Bürgerenergie ist ein Garant für die Dynamik und Akzeptanz der Energiewende", erklärt Fabian Zuber, Koordinator der Kampagne.
Weitere Informationen zur Kampagne "Die Wende - Energie in Bürgerhand": <br /> http://www.die-buergerenergiewende.de/

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 / 27 58 64 - 0
Telefax: 030 / 27 58 64 - 40
Mail: bund@bund.net
URL: http://www.bund.net
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=535523" width="1" height="1">

Pressekontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

bund.net
bund@bund.net

Firmenkontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

bund.net
bund@bund.net

P>1975 gründeten Horst Stern, Bernhard Grzimek und 19 weitere Umweltschützer den Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. 1984 kam die BUNDjugend hinzu und 1989 schloss sich der BUND dem internationalen Netzwerk Friends of the Earth an.Dieses Jahr wird der BUND 30 Jahre alt und ist mit fast 400.000 Mitgliedern und Spendern der größte föderale Umweltverband Deutschlands.Mit unzähligen Aktionen und Kampagnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene konnten wir Moore retten, gegen die Atomkraft mobil machen und uns für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte einsetzen.